

Themenfeld Energie: Ende Gelände

Arbeitstext

Aufruf des Aktionsbündnisses „Ende Gelände“ zu Blockaden von Kohleinfrastruktur

Quelle: www.ende-gelaende.org/de/aktion/aufruf

Hintergrund:

„Ende Gelände“ ist der Name eines Bündnisses, das sich für Klimaschutz und den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohleenergie einsetzt. Das Bündnis besteht seit dem Jahr 2015. An „Ende Gelände“ beteiligen sich Einzelpersonen und organisierte Gruppen. „Ende Gelände“ organisiert insbesondere Massenaktionen zivilen Ungehorsams, also öffentliche Regelübertritte, die auf einen gesellschaftlichen Missstand aufmerksam machen sollen. Das folgende Dokument ist ein (gekürzter) Aktionsaufruf von „Ende Gelände“.

Wir sind das Investitionsrisiko. Kohle stoppen - Klima schützen

Ende Gelände in der Lausitz: Klimagerechtigkeit in Aktion!

2016 geht der Abschied von der Kohle weiter: Vattenfall, Eigentümer des Lausitzer Reviers, will sein deutsches Braunkohle-Geschäft loswerden. Die einmalige Chance, Tagebaue und Kraftwerke endlich stillzulegen und zu zeigen, dass ein sozialer und ökologischer Ausstieg aus der Kohle gelingen kann.

Doch Vattenfall will nur verkaufen: Ein neuer Investor soll das zentralistische, klimazerstörerische Energiesystem Jahrzehnte weiterführen. Das Geschäft wäre die größte Kohle-Investition in ganz Europa – mehr Umsiedlungen, neue Kraftwerke, Trinkwasserverschmutzung und Klimakatastrophe inklusive.

Die Lausitz zeigt, wie die herrschende Klimapolitik funktioniert: alle tun so, als wollten sie Kohle, Öl und Gas nicht mehr – tun aber nichts dafür, dass sie auch im Boden bleiben. Klimagipfel beschwören den Umstieg auf Erneuerbare – die gleichen Regierungen werfen der fossilen Industrie hunderte Milliarden Fördergelder in den Rachen [...].

Wir sagen: Es reicht! Nicht verkaufen, sondern „Ende Gelände“ für den Kohleabbau! Wenn Vattenfall in der Lausitz die Tür hinter sich zuschlagen will, um anderen die Drecksarbeit zu überlassen, stellen wir den Fuß dazwischen – und treten der herrschenden Klimapolitik auf die Zehen. Denn auf diese Politik können wir weder warten noch vertrauen.

Wir stehen dort, wo die Bagger stoppen müssen. Wir fordern: Kohleausstieg jetzt! Und wissen: Das ist Handarbeit.

Mit vielen hunderten Menschen werden wir in einer Massenaktion zivilen Ungehorsams den Braunkohle-Abbau in der Lausitz lahmlegen. Alle, ob aktionserfahren oder nicht, können an der Aktion teilnehmen – zusammen werden wir die Bagger stoppen.

Wir sind gekommen, um zu bleiben. Letztes Jahr gingen 1500 Menschen im rheinischen Braunkohle-Revier in die Grube. Dieses Jahr gehen wir in die Lausitz – wo sich die Menschen seit Jahren gegen Abbaggerung und Umsiedlung wehren – und setzen ein weiteres Zeichen gegen den Braunkohle-Irrsinn! Auch wenn unsere Aktionen nicht legal sein mögen – legitim sind sie allemal. Denn die Zeit drängt: Wenn Kohle, Öl und Gas nicht jetzt im Boden bleiben, lassen sich katastrophale Folgen für Millionen Menschen kaum noch aufhalten [...].

Während der globale Norden die Klimakrise weiter anheizt, kann er noch am besten damit leben. Im globalen Süden dagegen zerstört der Klimawandel die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen. Viele von ihnen sterben an den Außengrenzen Europas. Sie werden Opfer eines rassistischen Grenzregimes, das die Folgen des Klimawandels draußen halten soll. Die Bekämpfung von Fluchtursachen fängt auch in der Lausitz an. Klimagerechtigkeit jetzt!

Wir wollen das Ganze: das Ende des fossilen Kapitalismus! Wir kämpfen nicht nur gegen Kohle, gegen Fracking, gegen Öl, sondern stellen Profitlogik und Wachstumswahn grundsätzlich in Frage. [...] Es braucht einen Plan, wie wir als Gesellschaft die soziale und ökologische Transformation organisieren und finanzieren – jenseits der kapitalistischen Profitlogik. Wir alle tragen die Folgen der Energiepolitik – deswegen wollen wir mitbestimmen: Für eine demokratisch organisierte Energieversorgung!

Wir sind das Investitionsrisiko! Wer auch immer die Braunkohle in der Lausitz kauft – unseren Widerstand bekommen sie gleich mitgeliefert. Je zahlreicher und größer der Protest, desto unattraktiver die Braunkohle, desto niedriger der Verkaufspreis, desto unwahrscheinlicher ein Verkauf. Noch ist nichts entschieden. Zusammen können wir den Verkauf stoppen und Vattenfall zur Stilllegung bewegen: Die Zeit der Kohle ist vorbei. Also runter in die Grube, rauf mit dem Risiko.

**Im Mai 2016 heißt es: Auf geht's, ab geht's.
Ende Gelände in der Lausitz!**

Themenfeld Energie: Yasunidos

Arbeitstext

Manifest der Yasunidos-Bewegung

Quelle: www.yasunidosinternational.wordpress.com/manifiesto/german

Hintergrund:

Die YASunidos-Bewegung entstand im Zuge der Yasuní-ITT Initiative und setzt sich aus verschiedenen Umweltschutzorganisationen, indigenen Gruppen und Feminist_innen zusammen. 2007 hat die ecuadorianische Regierung die internationale Staatengemeinschaft gebeten, sie in dem Vorhaben zu unterstützen, das Öl unter dem artenreichen Yasuní-ITT Nationalpark nicht fördern zu lassen. Dazu verlangten sie, vor allem von den Ländern des Globalen Nordens, eine finanzielle Kompensation von 50% der zu erwartenden Einnahmen aus der Ölförderung. Allerdings erreichte der dazu eingerichtete Fond nie das angestrebte finanzielle Ziel, sodass die ecuadorianische Regierung 2011 das Projekt für gescheitert erklärte und seitdem die Ölförderung im Yasuní vorantreibt. Die Yasunidos engagieren sich weiter für den Erhalt des Nationalparks und fordern die Regierung auf, die Förderung des Öls auch ohne internationale Kompensation zu stoppen.

YASunidos Manifesto

Wir, die YASunidos-Bewegung, haben uns zusammengeschlossen als Antwort der Zivilgesellschaft auf die Aufkündigung der Yasuní-ITT-Initiative seitens der ecuadorianischen Regierung und ihrem Vorhaben, das Naturreservat mit der größten Biodiversität der Welt und Heimat eines der letzten in freiwilliger Isolation lebenden Naturvölker, auszubeuten.

Wir verstehen uns als eine absolut friedliche, parteiunabhängige Bewegung, die sich für den Schutz des Lebens, der Menschenrechte, der Achtung der ecuadorianischen Verfassung und den Erhalt des Weltnaturerbes einsetzt.

Wir sprechen uns für andere ökonomische Alternativen als die Ausbeutung der ITT-Ölfelder zur Entwicklung unseres Landes aus. Daher fordern wir die Politik – insbesondere das ecuadorianische Parlament – auf, seiner historischen Verantwortung gerecht zu werden und sich dafür stark zu machen, das Öl im Boden zu belassen.

Aus unserer Sicht sollte die Initiative, das Öl des ITT auf unbestimmte Zeit im Boden zu belassen, nicht von den Launen der internationalen Gemeinschaft oder einer Regierung abhängen, die diese einseitig aufkündigte, ohne eine ernsthafte öffentliche

Debatte über mögliche Alternativen zur Ölausbeutung und über den Schutz des ITT-Gebiets zuzulassen.

Wir YASunidos fordern, dass die Rechte der in freiwilliger Isolation lebenden Völker gemäß Art. 57 der ecuadorianischen Verfassung eingehalten werden. Wir lassen nicht zu, dass unser Naturerbe geopfert wird und fordern stattdessen Nach-Öl-Alternativen. Wir verlangen außerdem einen ehrlichen und transparenten Diskurs über unser Wirtschaftssystem und unsere Energiematrix. Zudem erwarten wir von der Regierung, dass wir unserem Missmut durch legitime Proteste Ausdruck verleihen können, ohne Repressionen zu erleiden und ohne kriminalisiert zu werden.

Es steht außer Frage, dass die Armut bekämpft und die Bildungssituation verbessert werden muss, aber wir glauben nicht, dass die Ausbeutung des Yasuní ein Weg dafür ist. Es existiert eine Fülle an Reichtum in diesem Land, aber dieser ist sehr ungleich verteilt.

Ebenso wie die Yasuní-ITT-Initiative, plädieren wir für die Suche nach Alternativen und schlagen einen couragierten Bruch mit den bisherigen Schemata vor, kurz: eine soziale Revolution, die den bestehenden Energiekonsum in Frage stellt und die das Gemeinwohl, entsprechend des Konzepts vom Guten Leben (Buen Vivir), Priorität einräumt.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass mehr als eine Person versuchen wird, diese Plattform zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen. Deswegen ist uns wichtig, deutlich zu machen, dass wir für das Leben und für Alternativen zum Extraktivismus-Modell kämpfen. Wir sind Teil einer nicht nur städtischen Bürger- und Bürgerinnenschaft, die sich über die desaströsen Auswirkungen der Ölförderung auf die Natur, die Menschen und die Wirtschaft bewusst ist.

Wir sind der festen Überzeugung, dass dies der Moment ist, die Debatte auf die Straße zu tragen und jeden und jede daran teilhaben zu lassen. Wir streben die Überwindung der uns aufgezwungenen Ölabhängigkeit an, die die globale Erderwärmung und die Zerstörung der Umwelt verstärkt, das Leben der in freiwilliger Isolation lebenden Völker riskiert und nicht nur die Zukunft der Ecuadorianerinnen und Ecuadorianer gefährdet, sondern die der Menschheit an sich.

Deshalb laden wir jede und jeden ein, die/der sich Teil dieses Landes fühlt, diesen Fleck Erde liebt, die/der helfen und etwas beitragen will, sich unserer Bewegung anzuschließen und mit uns gemeinsam, als YASunidos, eine bessere Zukunft aufzubauen.

Themenfeld Landwirtschaft: Wir haben es satt

Arbeitstext

Aufruf des Bündnisses „Wir haben es satt!“
zur Demo in Berlin im Januar 2016

Quelle: www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/veranstaltungen/151222-flyer-wir-haben-es-satt.pdf

Hintergrund:

„Wir haben es satt!“ ist ein Bündnis aus Bäuer_innen, Natur- und Tierschützer_innen, Aktiven aus der Entwicklungszusammenarbeit, Erwerbsloseninitiativen, aus dem verarbeitenden Handwerk und von kritischen Verbraucher_innen. Das Bündnis besteht sowohl aus einzelnen Aktiven als auch aus Organisationen. Sie verbindet das politische Engagement gegen industrielle Landwirtschaft und für eine Förderung bäuerlicher Betriebe. Das Dokument ist ein Aufruf zur Demonstration im Januar 2016 in Berlin.

Wir haben Agrarindustrie satt! Keine Zukunft ohne Bäuerinnen und Bauern

Die Landwirtschaft steht am Scheideweg: Wird unser Essen zukünftig noch von Bäuerinnen und Bauern für den Bedarf einer Region erzeugt oder von Konzernen, die für den Weltmarkt produzieren?

Bundesregierung und Agrarindustrie setzen auf steigende Exporte, vor allem von Fleisch und Milch zu Dumpingpreisen. Dafür sollen unsere Land- und Lebensmittelwirtschaft auf den Weltmarkt getrimmt werden – immer mehr und immer billiger. Dies senkt Tierschutzstandards und ruiniert Bäuerinnen und Bauern bei uns und auf der ganzen Welt. Die Folgen für die Menschen in den Ländern des Südens: Hunger und Armut.

Wir fordern einen anderen Weg! Gesunde und ökologische Lebensmittel sollen für den vorwiegend regionalen Markt von Bäuerinnen und Bauern erzeugt und vom Lebensmittelhandwerk weiterverarbeitet werden – zu fairen Preisen und Marktbedingungen in Europa und weltweit. Wir stehen für Ernährungssouveränität und wollen einen internationalen Handel, der sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht den Interessen der Konzerne orientiert. Wir wollen ein Landwirtschafts- und Ernährungssystem, das niemanden zur Landflucht zwingt. Wir setzen auf bewährte Alternativen, bei denen Menschen, Tiere und Umwelt geachtet werden und Bauernhöfe eine Zukunft haben.

Wir wertschätzen die Erzeugung guter Lebensmittel und artgerechte Tierhaltung durch Bäuerinnen und Bauern. Wir lassen weder zu, dass sie diffamiert werden, noch, dass sie für die Ziele der Agrarindustrie vereinnahmt werden!

2016 muss die Agrar- und Ernährungswende eingeleitet werden: Wir appellieren an EU-Agrarkommissar Phil Hogan, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt: **Beenden Sie die Förderung von Agrarkonzernen! Treten Sie für eine Qualitätsoffensive ein anstatt einseitig auf Export zu setzen! Sorgen Sie für einen gerechten Handel weltweit – stoppen Sie TTIP und CETA!**

Gemeinsam rufen wir – Bäuerinnen und Bauern, Verarbeiterinnen und Verarbeiter, Verbraucherinnen und Verbraucher – dazu auf, am 16. Januar 2016 in Berlin ein starkes Zeichen zu setzen. Wir sind Menschen vom Land und aus der Stadt, aus Nord und Süd. **Wir haben Agrarindustrie satt – wir wollen eine gesellschaftlich akzeptierte bäuerliche und ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft.**

Wir fordern:	Stoppt ...
Faire Preise und Marktregeln für die Bauern!	das Bauernhofsterben!
Recht auf Nahrung weltweit!	den Hunger!
Fairer Handel statt Freihandel!	die Freihandelsabkommen TTIP und CETA!
Artgerechte Tierhaltung ohne Antibiotika-Missbrauch!	die Tierfabriken!
Gesundes und bezahlbares Essen für alle!	das Export- und Preisdumping!
Bienen- und umweltfreundliche Landwirtschaft!	die Monokulturen!
Freiheit für die Saatgutvielfalt!	die Agro-Gentechnik und Patente auf Leben!
Fairer Zugang für Land weltweit für alle!	die Landnahme durch Staaten und Investoren!
Klimafreundliche, ökologische und regionale Landwirtschaft!	die Regenwaldabholzung für Futter und Palmöl!
Sauberes Trinkwasser!	die steigenden Nitrat- und Pestizidwerte!

Themenfeld Landwirtschaft: Movimento sem terra

Arbeitstext

Artikel des Netzwerks Kooperation Brasilien,
06.06.2014 von Yôko Woldering

Quelle: www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/soziale-bewegungen/mst-kongress-und-der-andauernde-kampf-um-die-agrarreform

Hintergrund:

MST (Movimento dos Trabalhadores rurais sem terra) ist der Name der brasilianischen Landlosenbewegung. Die Bewegung besteht insbesondere aus Landarbeiter_innen ohne eigenen Landbesitz sowie deren Unterstützer_innen und kämpft seit über 30 Jahren für eine Agrarreform. In Brasilien gibt es eine historisch gewachsene, sehr ungleiche Verteilung von Land, die bis in Zeiten des Kolonialismus zurückreicht. Großgrundbesitzer_innen verfügen über riesige Ländereien, während Hunderttausende Menschen auf dem Land keinen Zugang zu eigenen Anbauflächen haben, um sich und ihre Familien zu ernähren. Ihnen bleibt nur die Möglichkeit, unter meist schlechten Bedingungen für die Großgrundbesitzer_innen zu arbeiten oder in die Slums der Großstädte zu ziehen.

Das Dokument ist ein Bericht von einem großen Kongress der MST und gibt deren Aktionen, Ziele und Erfolge wieder. Der Autor ist Vertreter des Netzwerks Kooperation Brasilien, das sich in Deutschland um einen solidarischen Austausch mit Sozialen Bewegungen in Brasilien bemüht.

MST-Kongress und der andauernde Kampf um die Agrarreform

Vom 10.14. Februar 2014 fand der VI. Nationale Kongress der MST in Brasília statt. Seit 30 Jahren kämpft die brasilianische Landlosenbewegung um eine gerechtere Landverteilung und die Umsetzung einer umfassenden Agrarreform. 400.000 Familien kamen seitdem über die MST zu Land, 90.000 Familien warten auf besetztem Land auf ihre Besitztitel. Das sind rund 2 Millionen Menschen, die so von der Arbeit auf ihrem Land leben können. Auf dem Kongress wurde der neue Fünfjahresplan der MST Reforma agrária popular vorgestellt, bei dem es nicht nur um die Landlosen, sondern um die Ernährungssouveränität aller Brasilianer*innen geht.

Zentral ist dabei die Umstellung aller MST-Betriebe auf ökologischen Landbau, die bei einigen großen Kooperativen bereits begonnen wurde. Mit der Forderung der Ansiedlung von mindestens 100.000 Familien pro Jahr marschierten schließlich im Rahmen des Kongress' 15.000 Demonstrierende zum Regierungssitz von Präsidentin Rousseff. Die Regierung ließ am nächsten Tag verlautbaren, dass sie überlege, jährlich 33.000 Familien anzusiedeln. Mit dieser Aussage bleibt sie weit unter den Forderungen. Zudem waren 2013 nur 7.000 Familien angesiedelt worden.

Am 9. Mai 2014 verließ die MST ihren Forderungen mit dem „Nationalen Tag der Kämpfe für die Agrarreform“, der Jornada Nacional de Lutas por Reforma Agrária, Nachdruck. In 17 Bundesstaaten mobilisierte die MST zu insgesamt 60 Besetzungen von Land und Gebäuden, der Blockierung von Autobahnen und Märschen in den Städten. Angeprangert werden die Stagnation der Agrarreform in den letzten drei Jahren. Die Hauptforderungen sind: ein Notfallplan für die Ansiedlung von mehr als 100.000 Familien; der Stopp des Nationalen Programms für ländlichen Wohnraum, dem Programa Nacional de Habitação Rural; neue Kredite für die familiäre Landwirtschaft; eine Erweiterung und Verstärkung der Abnahme von Lebensmitteln, die von angesiedelten Bäuerinnen und Bauern produziert werden.

Am 8. Mai 2014 besetzten in São Paulo rund 1.500 Aktivist*innen das Gebäude der Firma Odebrecht. Odebrecht agiert nicht nur als Immobilienmulti in den Städten und ist in zahlreiche Bauten zur WM 2014 und Olympia 2016 involviert, sondern spielt auch im Agrarbusiness mit. Ein Investitionssektor ist dabei die Ethanol-Produktion. [...]

17 MSTler*innen trafen sich am selben Tag mit dem Gouverneur des Bundesstaates São Paulo Geraldo Alckmin, um die Agrarreform für die Region zu diskutieren.

In Salvador kampierten mehr als 3.000 MSTler*innen vor dem Sitz der Agrarreformbehörde INCRA und forderten eine schnellere Umsetzung der Agrarreform sowie die Aufklärung des Mordes am Aktivisten Fábio Santos am 2. April 2013 in Iguai. Auch während der Mobilisierungen wurden drei Menschen getötet.

Themenfeld Edelmetalle und Erze: Chalkidiki

Arbeitstext

Beitrag auf Deutschlandradio Kultur am 29.05.2016
von Panajotis Gavrillis

Quelle: www.deutschlandradiokultur.de/griechisches-gold-eine-region-kaempft-erbittert-um-eine.1076.de.html?dram:article_id=355451

Hintergrund:

Im Norden Griechenlands besteht seit Jahren ein Konflikt um die Skouries Goldmine. Während die einen sich neue Arbeitsplätze versprechen, befürchten andere die Zerstörung von Natur und ihrer Lebensräume.

Das Dokument besteht aus Auszügen einer Reportage aus der Region, die beim Deutschlandradio Kultur im Mai 2016 erschienen ist. Der Autor berichtet darin von Erfahrungen im Konfliktgebiet und interviewt unterschiedliche Akteure vor Ort.

Eine Region kämpft erbittert um eine Mine und die Natur

Chalkidiki in Nordgriechenland könnte reich werden. Denn dort sollen unermessliche Bodenschätze liegen. Doch die Bevölkerung protestiert gegen den geplanten Abbau, aus Angst vor Umweltschäden und gierigen Investoren. Aber nicht alle sind dagegen. Der Streit spaltet die Region bis rein in die Familien.

Vaggelis nimmt mich gemeinsam mit zwei weiteren Minen-Gegnern mit zu dem Berg, aus dem Gold und Kupfer abgebaut werden soll.

„Also wir fahren jetzt mit einem Pick-Up-Truck, es ist ein Fotograf dabei, Nikos der Fahrer und Vaggelis. Der sitzt hinter mir und erklärt mir gerade, dass sie vor einigen Tagen hier draußen waren und die Straße abgesperrt haben und drei Tage im Freien übernachteten, sodass kein Baugerät und kein Auto durch konnte.“

Angst um die Natur

Vaggelis zeigt auf die Eukalyptusbäume, die Zypressen, auf dicke Baumstämme. Die seien mindestens zweihundert Jahre alt, unberührte Natur. Er hat Angst, dass sie durch den Einsatz von Chemikalien beim Goldabbau sterben.

Von ihrem Dorf Megali Panagia im Osten der nordgriechischen Region Chalkidiki bis hin zur Goldmine von Skouries sind es nur ein paar Kilometer. Auf der Strecke finden seit Jahren regelmäßig Demonstrationen statt, die selten gewaltfrei ablaufen: Sitzblockaden, Steine, Molotow-Cocktails auf der einen – Tränengas und Gummigeschosse der Polizei auf der anderen Seite.

Am Eingang [der Goldmine] warten freilaufende Wachhunde und der Sicherheitsdienst auf uns. Zutritt verboten, Privatgelände der Firma Hellas Gold – der Tochterfirma des kanadischen Bergbaukonzerns El Dorado Gold. Insgesamt will das Unternehmen knapp sieben Tonnen Gold und 52.000 Tonnen Kupfer jährlich hier abbauen. 30 Jahre lang. Griechenland soll Europas Goldgrube werden.

Das Gold zerstört Familien

Auch im Dorf Megali Panagia, in dem rund 3.000 Menschen leben, falle ich sofort auf.

Auf einer weißen Wand steht mit schwarzer Farbe gesprüht: „Fuck The Police“ und „Fuck Gold“. Ein paar Straßen weiter sitzen meist ältere Herren in Cafés – sie sind für die Goldmine. Auf der einen Seite die, die sich Arbeit in Zeiten der Krise erhoffen. Auf der anderen Seite die Gegner, die gegen die Profitgier der Konzerne demonstrieren und Angst vor Umweltzerstörung haben. Das Dorf ist gespalten.

Denn für beide Seiten geht es um die Lebensgrundlage, um die Existenz. Die einen wollen Jobs, die anderen haben Angst, dass beim Abbau Schwermetalle oder krebserregende Asbest-Reste in die Luft, ins Meer und ins Grundwasser gelangen. Das wäre das Ende für Bauern und Fischer der Region. Vaggelis organisiert wie viele der Aktivisten mit dem selbstgegründeten sogenannten „Kampf-Komitee“ von Megali Panagia Informationsveranstaltungen und Demos. Ihr Ziel ist dabei, so nah wie möglich an den Zaun zum Bergwerks-Gelände zu kommen. Am besten: Einreißen, sagt Vaggelis:

„Wir haben ihn umgeschmissen einmal. Das ganze Stück, das du siehst. Deswegen haben sie ihn jetzt verstärkt. Es war eine symbolische Aktion. Wir versuchen nicht nur, diesen Ort hier zu retten. Generell müssen Zäune fallen. Wie Grenzzäune zur Türkei oder Mazedonien. Symbolisch zumindest haben wir den Grenzzaun Griechenland-Kanada eingerissen.“

Die meisten Menschen [der Region] leben vom Tourismus, von der Fischerei, von der Landwirtschaft und Viehzucht. Eine verschmutzte Umwelt würde ihre Lebensgrundlage zerstören.

Andererseits soll der Bergbau [...] bis zu 2.000 Menschen in der ganzen Region Arbeit geben, verspricht das Unternehmen Hellas Gold, das bereits weitere Anlagen im Umland betreibt.

Im Moment halten sich beide Seiten zurück, [doch an eine friedliche Lösung des Konflikts glauben wenige].

Themenfeld Edelmetalle und Erze: Tía María

Arbeitstext

Artikel der Informationsstelle Peru, 18.04.2015,
von Eva Tempelmann und Mattes Tempelmann

Quelle: www.infostelle-peru.de/web/proteste-gegen-geplante-kupfermine-tia-maria

Hintergrund:

„Tía María“ im Süden Perus zählt zu den Minen mit den größten Vorkommen von Kupfer weltweit. Im Jahr 2009 sprachen sich in einem Referendum mehr als 90% der Bevölkerung gegen das Bergbauprojekt aus. Nichtsdestotrotz wurde das Projekt in den folgenden Jahren von der peruanischen Regierung vorangetrieben, die sich von der Mine eine große Chance für die Entwicklung des Landes verspricht. Trotz starker und langjähriger Proteste wurden die Arbeiten zur Erschließung der Kupfermine Ende 2014 aufgenommen.

Proteste gegen geplante Kupfermine Tía María

Die Worte des vor wenigen Tagen ernannten Ministerpräsidenten Pedro Cateriano sind deutlich: „Die Gemeinden können heute entscheiden zwischen dem Weg der Entwicklung oder der Armut.“

Die Präsidentin der Region Arequipa, Yamila Osorio, hatte Cateriano Ende vergangener Woche aufgerufen, eine Lösung für die weiter schwelenden sozialen Konflikte um die geplante Kupfermine Tía María zu finden. Das Projekt des US-amerikanischen Bergbaukonzerns Southern Copper Corporation im Süden Perus begleiten seit Jahren Proteste der lokalen Bevölkerung. Umweltschutzorganisationen kritisieren vor allem die zu erwartenden ökologischen Folgeschäden.

Angespannte Stimmung

Eine Lösung ist bisher nicht in Sicht. Seit mehr als drei Wochen protestieren Tausende von Bewohnern der Region, Bauern und Umweltverbände mit einem Generalstreik gegen die geplante Mine. Es kommt zu Protestmärschen, Straßenblockaden und immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und der Polizei. Die Stimmung ist angespannt: Wortführer der Opposition werden festgenommen, es gibt Gewalt und Dutzende Verletzte. Nach derzeitigem Stand sieht es so aus, dass Southern das Minenprojekt bis zum Jahr 2017 aussetzen wird.

Die Bewohner der Region wollen aber nur noch eines: dass das Unternehmen sich komplett zurückzieht.

Ein landwirtschaftlich genutztes Tal

Das Tal des Flusses Tambo wird bisher vor allem landwirtschaftlich genutzt. Bereits jetzt leidet es unter Wasserknappheit. Experten befürchten, dass die Mine durch ihren exzessiven Wasserverbrauch und die unvermeidbare Verschmutzung der Luft und des Wassers durch Abgase und Abwasser die Situation weiter verschärfe.

Humala hat vergangene Woche die Regierung dazu aufgefordert, einen echten Dialog mit den Menschen in der Region aufzunehmen. Diese aber sehen die Runden Tische bisher kritisch und beklagen, dass die Partizipation nur eine scheinbare sei. „Die Menschen erwarten, dass dieser Dialog effektiv wird“, sagt Rocío Silva Santisteban von der Organisation Coordinadora de Derechos Humanos. „Der Staat darf nicht Wachmann der Minengesellschaften sein.“

Umweltminister befürwortet Tía María

Die Äußerungen des peruanischen Umweltministers Manuel Pulgar-Vidal lassen genau darauf aber schließen. Dieser erklärte vergangene Woche in Arequipa, dass die Mine keine negativen Auswirkungen auf den Wasserverbrauch und die Landwirtschaft habe.

Genau hier regt sich der Widerstand. Die Opposition, Bewohner des Tambo-Tals und kritische Umweltbewegungen kritisieren, dass das Bergbauprojekt durchaus erhebliche Umweltschäden verursache. Des Weiteren würden die versprochenen Arbeitsplätze zum großen Teil ausländischen Experten und Ingenieuren zu Gute kommen werden, nicht den Bewohnern der Provinz Islay. Zuletzt seien die versprochenen Investitionen von knapp anderthalb Milliarden Dollar vor allem Investitionen in Maschinen und High-Technology, die im Ausland eingekauft würden. Unterm Strich profitiere die Region und das Land also nur geringfügig von der geplanten Kupfermine.

Landwirtschaft als Alternative

„Es gibt Alternativen zu Tía María“, sagt Jaime de la Cruz, Bürgermeister des Ortes Deán Valdivia und einer der Anführer der Protestbewegung im Tambo-Tal. In der Provinz Islay, in der sich Tía María befindet, gibt es 13.000 Hektar Agrarflächen, mit verbesserter Bewässerung könnte es eine Fläche von mehr als 30.000 Hektar sein. Neben Agroexporten seien der Tourismus, die Industrie, kleine und mittelständische Unternehmen und technologische Dienstleistungen Optionen, „wir müssen sie nur ins Blickfeld holen“, fordert de la Cruz. Peru sei ein megadiverses Land, nicht nur ein Land des Bergbaus. Die wirtschaftliche Strategie, auf Basis des Bergbaus zu wachsen, funktioniere nicht mehr. Indem die Regierung einzig auf den Bergbau fokussiere, verursache sie damit eine wachsende Ungleichheit und soziale Konflikte, weniger Arbeitsplätze, hohe Umweltbelastung und viel Korruption.